

II- 1779 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIV. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIUM  
FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

1010 Wien, den 6. Jänner 1977

Stubenring 1  
Telephon 57 56 55

Zl. IV-50.004/60-1/76

801 AB

1977 -01- 11

zu 838 J

## B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Dr. SCRINZI  
und Genossen an die Frau Bundesminister  
für Gesundheit und Umweltschutz betreffend  
beabsichtigte Verminderung der Überstun-  
denleistungen in den Bundesdienststellen  
(Nr. 838/J-NR/1976)

In der gegenständlichen Anfrage werden an mich folgende  
Fragen gerichtet:

- "1. Wurden in Ihrem Ressortbereich Überstunden geleistet,  
die nicht unbedingt notwendig gewesen wären?
2. In welchen Bereichen Ihres Ressorts und in welcher  
Höhe erscheinen Ihnen Reduzierungen der Anzahl an  
Überstunden ohne Beeinträchtigung der zu erbringen-  
den Leistungen möglich?"

In Beantwortung dieser Anfrage teile ich mit:

Neben generellen Sparmaßnahmen hat sich die Bundesregierung  
auch zum Ziele gesetzt, den Personalaufwand des Bundes so gering  
wie möglich zu halten. Deshalb hat sie die Anzahl der dienst-  
lichen Auslandsreisen der Bundesbediensteten in den Jahren 1975  
und 1976 um etwa 25 v.H. unter der des Jahres 1974 gehalten.  
Das bedeutet nach vorsichtigen Schätzungen allein im Jahre 1975  
eine Ersparnis von zumindest 3 Millionen Schilling. Für das  
Jahr 1977 wurden die finanziellen Mittel für derartige Dienst-

reisen so veranschlagt, daß mit einer weiteren Einschränkung der Zahl dieser Dienstreisen zu rechnen ist. Darüber hinaus wurde die Anzahl der Dienstposten für das Jahr 1977 um mehr als 3.000 und damit um mehr als 1 v.H. des Dienstpostenstandes 1976 gekürzt.

Des weiteren wurde eine rigorose und kritische Überprüfung jener Nebengebühren in Aussicht genommen, die durch Überstundenleistungen verursacht werden. Dazu ist die Kenntnis verschiedener Gegebenheiten notwendig. Insbesondere gilt es festzustellen, aus welchen Anlässen es zur Anordnung von Überstunden kommt. Die Bundesregierung hat daher in der Sitzung des Ministerrates am 9. November 1976 beschlossen, in den einzelnen Ressorts bestimmte Erhebungen durchführen zu lassen. Erst deren Ergebnisse werden es der Bundesregierung ermöglichen, jene Schlußfolgerungen zu ziehen, die etwa den Inhalt der vorliegenden parlamentarischen Anfrage bilden.

Aus diesem Grund bin ich nicht in der Lage, die an mich gestellten Fragen zu beantworten. Ich bin aber gerne bereit, nach Vorliegen der aus den Erhebungen gewonnenen Erfahrungswerten diese den daran interessierten Abgeordneten zur Verfügung zu stellen.

Der Bundesminister:

